

Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 2. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE, Rostock, 15. und 16. Mai 2010

Gemäß § 9 (5) des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland legt der Parteivorstand dem Bundesparteitag einen Tätigkeitsbericht vor. Der Berichtszeitraum begann mit der Wahl des Parteivorstandes auf dem 1. Bundesparteitag am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus. Redaktionsschluss für diesen Bericht war der 2. April 2010.

Grundlagen der Arbeit des Parteivorstandes

Der Parteivorstand arbeitete auf Grundlage der Programmatischen Eckpunkte, der Bundessatzung und der weiteren 2007 beschlossenen Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Im Berichtszeitraum gaben die Bundesparteitage die grundsätzliche Orientierung für die Vorstandsarbeit:

Der 1. Parteitag der Partei DIE LINKE am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus, hier besonders die Beschlüsse:

- *Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik.*
- *Für eine emanzipatorische Familienpolitik der Partei DIE LINKE.*

Der Europaparteitag der Partei DIE LINKE am 28. Februar 2009 in Essen, hier besonders der Beschluss:

- *Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa!
Europawahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE.*

Der Bundestagswahlparteitag der Partei DIE LINKE am 20. und 21. Juni 2009 in Berlin, hier besonders der Beschluss:

- *Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.
Bundestagswahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE.*

Alle von Bundesparteitagen an den Parteivorstand überwiesenen Anträge wurden von diesem beraten und entschieden.

Der Parteivorstand regelte seine Tätigkeit mit Sitzungs- und Terminplänen sowie einer Geschäftsordnung. Er hatte satzungsgemäß 44 Mitglieder. Im Berichtszeitraum gab es in dem vom 1. Parteitag gewählten Parteivorstand keine personellen Veränderungen. Der Geschäftsführende Parteivorstand bestand satzungsgemäß aus 12 Mitgliedern. Es waren dies außer den vom Parteitag direkt gewählten Mitgliedern (Lothar Bisky, Oskar Lafontaine, Klaus Ernst, Katja Kipping, Halina Wawzyniak, Ulrike Zerhau, Dietmar Bartsch und Karl Holluba) noch Christine Buchholz, Ulrich Maurer, Christel Rajda und Kersten Steinke. Bei seiner Konstituierung am 31. Mai 2008 berief der Parteivorstand Dietmar Bartsch als Bundes-Wahlkampfleiter, Bodo Ramelow als Föderalismusbeauftragten, Niema Movassat als

jugendpolitischen Sprecher, Ali Al Dailami als Sprecher für Antirassismus, Immigrant/innen- und Flüchtlingspolitik sowie Michael Schlecht und Heidi Scharf als gewerkschaftspolitische Sprecher/in. Weitere Parteivorstandsmitglieder wurden als Verantwortliche für einzelne Politikfelder bestimmt.

Die Personalverantwortung im Parteivorstand übten die Parteivorsitzenden und in deren Auftrag der Bundesgeschäftsführer in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister aus. Personalentscheidungen wurden im Geschäftsführenden Parteivorstand bestätigt. Auf einer Klausur am Beginn der Wahlperiode, am 5. und 6. Juli 2008, traf der Vorstand grundsätzliche Regelungen zur Arbeit der Bundesgeschäftsstelle.

Im Berichtszeitraum traf sich der Parteivorstand zu 21 Sitzungen. Über die Sitzungen des Parteivorstandes und dessen Beschlüsse wurde ausführlich in Sofortinformationen des Bundesgeschäftsführers, im Internet und im DIE LINKE-Newsletter informiert.

Der Geschäftsführende Parteivorstand traf sich im Berichtszeitraum zu 39 Sitzungen, um Entscheidungen zu operativen Vorgängen, Finanz- und Personalfragen zu treffen sowie die Sitzungen des Parteivorstandes vor- und nachzubereiten.

Der Parteivorstand unterhält im Karl-Liebknecht-Haus Berlin eine Bundesgeschäftsstelle mit den Bereichen „Strategie und Politik“, „Öffentlichkeitsarbeit und Wahlen“, „Parteientwicklung“, „Internationale Politik“, „Parteifinancen“ und „Organisation und Dienstleistungen“. Ferner gibt es ein „Team West“ sowie die Büros der Parteivorsitzenden, des Bundesgeschäftsführers und des Bundesschatzmeisters. Im Wahljahr 2009 arbeitete im Karl-Liebknecht-Haus das zentrale Wahlquartier der Partei.

Im Berichtszeitraum hielt der Parteivorstand an der Orientierung auf politische Schwerpunkte fest, die markant in den sechs zentralen Themenplakaten zur Bundestagswahl 2009 zum Ausdruck kamen:

- Mindestlohn gerade jetzt!
- Hartz IV abwählen!
- Gegen die Rente ab 67!
- Mehr Geld für Bildung, nicht für Banken!
- Raus aus Afghanistan!
- Reichtum besteuern!

Konsequent sozial.

Für einen gesetzlichen Mindestlohn

Der Parteivorstand hat im Berichtszeitraum weiter die Forderung für einen gesetzlichen Mindestlohn und damit die Position der LINKEN gegen Armutslöhne, die Ausweitung der Leiharbeit und Tarifflicht deutlich gemacht und seine Argumentationen weiterentwickelt. Im März 2009 beschloss der Parteivorstand: *„Der Hunger- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Entscheidend hierfür ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro sofort, der in schnellen Schritten auf 10 Euro steigt.“* (Beschluss-Nr. 2009-67 – Auflistung siehe Anlage!) Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn

ging in das Bundestagswahlprogramm der Partei ein: „*Es muss nach französischem Vorbild ein existenzsichernder, flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden, der in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro erhöht wird.*“

DIE LINKE organisierte und beteiligte sich an Diskussionsforen und Protestaktionen gegen Lohndumping und für einen gesetzlichen Mindestlohn. Der Parteivorstand bekräftigte auf seiner Sitzung am 12. Dezember 2009 die Forderung nach strikter Begrenzung der Leiharbeit und votierte in seinem Beschluss „*Lohndumping und Tariffucht bei SCHLECKER stoppen*“ (2009-113) für den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Im März 2009 fand in Dortmund ein Tribunal gegen prekäre Beschäftigung statt. Anlässlich des Internationalen Frauentages wurde dabei unter dem Motto „Wer macht eigentlich die ganze Arbeit?“ die prekäre Beschäftigungssituation und drohende Altersarmut vieler Frauen skandalisiert und die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn bekräftigt, der den mehrheitlich weiblichen Beschäftigten im Niedriglohnssektor zu Gute käme.

Hartz IV überwinden

Der Parteivorstand widmete sich der weiteren Ausgestaltung der Alternativen der LINKEN zu Hartz IV. Am 14. März 2009 wurde der Beschluss des Parteivorstandes „*Hartz IV überwinden: Eckpunkte für eine bedarfsdeckende Mindestsicherung*“ (2009-69) gefasst. Die Forderung „*den Regelsatz für Erwachsene auf 500 Euro anheben*“ wurde in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 aufgenommen.

Die außerparlamentarische Bündnisarbeit – auch in Form von laufendem Austausch mit Sozialverbänden, Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften – war ein weiterer Schwerpunkt der politischen Arbeit gegen die Hartz-Gesetzgebung. Ein Ergebnis war die Bildung eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses für ein Sanktionsmoratorium, an dem Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften und Bewegungen, aus der Wissenschaft sowie Künstlerinnen und Künstler mitwirken. Über dieses Bündnis hinaus gab es Initiativen für die komplette Streichung von Sanktionen gegen Erwerbslose. Am 31. August 2009 wurde beschlossen, dass der Parteivorstand die Petition „*Schluss mit den Sanktionen bei Hartz IV – Ersatzlose Streichung des Sanktionsparagrafen 31 SGB II*“ des Petenten Andreas Niehaus unterstützt (2009-87).

Gegen die Rente erst ab 67

Der Parteivorstand führte eine Kampagne für ein gerechtes und solidarisches Rentensystem. Diese war sowohl auf Lebensstandardsicherung als auch auf Armutsfestigkeit ausgerichtet. Das führte zu dem Beschluss „*10 Punkte für eine solidarische Rente*“. (2008-13) Danach steht im Zentrum „*linker Rentenpolitik [...] die Verteidigung der gesetzlichen Rente als Lebensstandard sicherndes Alterssicherungssystem. Wir wollen, dass der Sozialstaat die Menschen vor den Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zuverlässig schützt und treten für das Prinzip der Solidarität als Gegenmodell zum Profitprinzip ein.*“

Die Rentenkampagne der LINKEN wurde nach dem Auftakt im Mai 2008 beim Parteitag in Cottbus mit öffentlicher Mobilisierung, Aktionen vor Ort und der Integration in die Wahlkämpfe auf die Straße getragen. Es fanden Aktionskonferenzen in allen 16 Bundesländern und drei Großveranstaltungen (in Baden-Württemberg, Mecklenburg-

Vorpommern und Niedersachsen) statt. Es wurden u.a. vier Plakatmotive, eine Kampagnenwebsite sowie ein Newsletter erstellt. Auf seiner Klausur im Juni 2009 beschloss der Parteivorstand die Fortführung der Rentenkampagne. (2009-84)

Mehr Geld für Bildung

Die Situation junger Menschen und besonders die Ausbildungsmisere waren wiederholt Gegenstand von Aussprachen im Parteivorstand. Auf der Vorstandssitzung am 6. September 2008 verabschiedete das Gremium anlässlich des „Bildungsgipfels“ der Bundesregierung *„Bildungspolitische Positionen“*. Darin heißt es u.a.: *„Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Darum müssen öffentliche Bildungsangebote unentgeltlich zugänglich sein. Dazu gehören der Besuch der Kindertagesstätte, ebenso die allgemeinbildende Schule bis zum Abitur, der Zugang zu beruflicher Ausbildung und zur Hochschule. Wir fordern umfassende Lernmittelfreiheit“*. (2008-21) Der Parteivorstand bekräftigte seine Absicht, mit Gewerkschaften, Verbänden und anderen Organisationen die bildungspolitische Zusammenarbeit zu verstärken und Bündnisse herzustellen. Am 19. Januar 2009 erklärte der Parteivorstand mit dem *Beschluss „Chancen für junge Menschen eröffnen: Für kreativen Protest gegen die Bildungsmisere und gegen den Ausbildungsplatzmangel!“* (2009-50) seine Unterstützung des Bildungsstreiks und rief die Mitglieder und Gliederungen zur Beteiligung an Bildungsprotesten und zur finanziellen und logistischen Unterstützung von Bildungsstreiks auf. Am 14. März 2009 verabschiedete der Parteivorstand *„Leitlinien der Ausbildungspolitik“* als Grundlage für die Diskussion und das weitere politische Agieren. (2009-65)

Im Juni 2009 beschloss der Parteivorstand die Unterstützung des Kongresses *„Make Capitalism History“* des Studierendenverbandes Die Linke.SDS. (2009-86) Durch den Kongress im Oktober 2009 wurden Schülerinnen, Schüler und Studierende mit Aktiven aus den Krisenprotesten, den Gewerkschaften, der LINKEN und der globalisierungskritischen Bewegung zusammengebracht. Eine Woche nach der Bundestagswahl 2009 und zwei Wochen vor dem Semesterstart wurde ein Raum für Diskussionen über Analysen, Alternativen und Aktionen geschaffen. Neben weiteren Aktionen zu Schul-, Ausbildungs- und Studienbedingungen diente der Kongress u.a. im Zusammenhang mit den durch den Parteivorstand unterstützten Bildungsstreiks einer weiteren Profilierung der Arbeit des Jugendverbandes Linksjugend [‘solid] und des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS.

Vertreter/innen des Jugendverbandes Linksjugend [‘solid] und des Studierendenverbandes Die Linke.SDS informierten wiederholt im Parteivorstand über ihre Arbeit, so unter einem Tagesordnungspunkt *„Jugendarbeit“* am 19. Januar 2009.

Für Frieden und Demokratie.

Kriege beenden! Raus aus Afghanistan!

Der Parteivorstand beschäftigte sich kontinuierlich mit dem Kampf für die Beendigung der Kriege in Afghanistan und in anderen Regionen. Immer wieder forderte er den Abzug der Truppen aus Afghanistan und fasste Beschlüsse gegen die fortdauernden Mandatsverlängerungen für die Militäreinsätze der Bundeswehr durch den Deutschen

Bundestag, so in den Sitzungen im Juli 2008: *„Nein zur Verlängerung und Erweiterung des Afghanistanmandats“* (2008-9) und im Oktober 2009: *„Unterstützung der Aktivitäten der Friedensbewegung anlässlich der Afghanistan-Mandatsverlängerung 2009“*. DIE LINKE fordert die *„Umwidmung der Kriegskosten für zivile Zwecke.“* (2009-95)

Regelmäßig wurden die sozialen, politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Militäroperationen in Afghanistan und anderswo kommentiert und daraus Schlüsse für das Agieren der Partei gezogen. Der Parteivorstand beförderte die aktive Beteiligung der Partei an den Unterschriftensammlungen und Protesten der Friedensbewegung sowie an Demonstrationen und Aktionstagen. Dafür wurden eine Aktionswebsite mit Informationen und Download-Materialien, Plakate, Buttons und Aufkleber erarbeitet und die Broschüre *„Bundeswehr raus aus Afghanistan“* herausgegeben und mehrfach aktualisiert.

Vor dem NATO-Gipfel 2009 in Strasbourg beschloss der Parteivorstand im November 2008: *„DIE LINKE arbeitet in den Arbeitsgruppen des Bündnisses zur Vorbereitung des Gegengipfels mit. Dabei wirkt sie auf das Gelingen des Protestes und eine Ausweitung des Bündnisses hin.“* (2008-45) Der Vorstand koordinierte die aktive Beteiligung von Gliederungen der LINKEN an den Aktionen der Friedensbewegung und vernetzte seine Arbeit mit den europäischen Partnerparteien und dem Europäischen Netzwerk der demokratischen jungen Linken (ENDYL) zur gemeinsamen Unterstützung der Proteste.

Wiedergewinnung des Öffentlichen

Für das Jahr 2009 stellte der Parteivorstand erneut Mittel für die Fortführung der Kampagne *„Privatisierung stoppen – Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist“* bereit. (2009-62) So war es möglich, die Arbeit der „Watching-Stelle“ fortzuführen, eine Datenbank zu Privatisierungs- und Rekommunalisierungsvorhaben aufzubauen und die Zusammenarbeit mit der AG Kommunalpolitik zu vertiefen. Das Thema ist seit Beginn der Kampagne 2007 ein wichtiges Politikfeld der Partei auf allen Ebenen, es gehörte zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Wahlkampfes 2009. Im Berichtszeitraum wurden sieben Konferenzen und Fachtagungen mit auf diesem Politikfeld besonders engagierten Parteimitgliedern und weiteren Interessierten durchgeführt. Politisch ist eine Verschiebung der Aktivitäten in der Partei von der „Anti-Privatisierung“ hin zur „Rekommunalisierung“ festzustellen. Hierbei konnte auch auf eine Reihe von parlamentarischen Initiativen der Bundestagsfraktion zurückgegriffen werden. Für die Kampagne wurden aktuelle Folder und Broschüren gestaltet.

Die Positionen der LINKEN gegen Privatisierungen und für Rekommunalisierung bekräftigte der Parteivorstand im Beschluss am 14. November 2009 zur politischen Grundorientierung der Partei: *„DIE LINKE wendet sich auf allen politischen Ebenen gegen Sozialabbau, Abbau von Beschäftigung, Privatisierung und Entdemokratisierung. Sie will stattdessen Rekommunalisierung, Vergesellschaftung und Stärkung der Beteiligungsrechte der abhängig Beschäftigten.“* (2009-107)

Ende 2009 / Anfang 2010 verstärkte der Parteivorstand seine Anstrengungen auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik und beschloss, dazu eine Kampagne zu starten. Deren politische Ziele sollen sein: Die Einführung einer Kopfpauschale als Grundprinzip zur Finanzierung des Gesundheitssystems zusammen mit einem breiten Bündnis zu verhindern; ein breites gesellschaftliches Bündnis zur Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung herzustellen und diese als Alternative zur Kopfpauschale auf die

politische Agenda zu setzen; in regionalen und lokalen Bündnissen zur Verbesserung der gesundheitlichen Vorsorge und Versorgung als öffentliches Gut beizutragen.

Das „Gedenkjahr 2009“

Am 18. Oktober 2008 befasste sich der Parteivorstand mit dem „Gedenkjahr 2009“. Er beschloss, eine zentrale Konferenz „60 Jahre Grundgesetz – offen für eine neue soziale Idee“ durchzuführen. (2008-30) *„Mit der zweitägigen Konferenz will DIE LINKE sich dem Grundgesetz und seinen Möglichkeiten für eine neue soziale Idee weiter öffnen. Die Konferenz soll einen Beitrag dazu leisten, dass DIE LINKE sich erarbeitet, was der Kern der Arbeiterbewegung im Kampf um soziale und demokratische Emanzipation ist.“* Die Konferenz wurde zusammen mit der Bundestagsfraktion vorbereitet und fand am 6. und 7. März 2009 im Leipziger Rathaus statt. Hierzu entstanden ein Plakat und ein Folder. Eine Broschüre dokumentiert ausgewählte Reden der Konferenz.

2009 erinnerte die Partei DIE LINKE an die vor 20 Jahren erfolgten fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungen, wozu auch die „Modrow-Regierung“ und der Aufbruch der SED-PDS auf dem Weg des demokratischen Sozialismus zählten. Dieser begann mit einer Entschuldigung gegenüber dem Volk der DDR und der Erklärung, unwiderruflich mit dem Stalinismus als System brechen zu wollen. DIE LINKE setzte ihr Bemühen um ein differenziertes Geschichtsbild fort, wozu beispielsweise die Erinnerung an den 90. Jahrestag der Novemberrevolution und der KPD-Gründung ebenso gehörten wie jene an die Gründung von Bundesrepublik und DDR. Der Parteivorstand lud aktive Mitbegründerinnen und -begründer von PDS und WASG ins Berliner Karl-Liebknecht-Haus ein.

Kampf gegen Rechts

„Die entschlossene Bekämpfung des Rechtsextremismus in all seinen Facetten“ war ein wichtiges Handlungsfeld der Partei im Berichtszeitraum. Das entsprach der Orientierung im Beschluss *„Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“* des 1. Parteitag. Dafür wurden zahlreiche Initiativen, Projekte und Organisationen, die die demokratische Zivilgesellschaft stärken und den öffentlichen Raum gegen Neofaschisten verteidigen, durch den Parteivorstand unterstützt. Auf dem Europaparteitag wurde auf Antrag des Vorstandes ein entsprechender Passus in das Europawahlprogramm aufgenommen, auf dessen Grundlage die EP-Abgeordneten der LINKEN seitdem wirken.

Auf dem Bundestagswahlparteitag 2009 verabschiedeten die Delegierten auf Vorschlag des Parteivorstandes das Bundestagswahlprogramm mit einer ausführlichen Passage zum Rechtsextremismus, die für die Arbeit der Bundestagsfraktion bindend ist. Darin fordert DIE LINKE, die *„NPD (zu) verbieten und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus offensiv (zu) führen“*.

Die Partei beteiligte sich im Berichtszeitraum an zahlreichen Protesten gegen Nazis. Der Parteivorstand unterstützte unter anderem die Nebenklage gegen jenen Nazi, der im Linksjugend [!solid]-Camp eine junge Frau verletzt hatte. Am 18. Oktober 2008 beschloss der Parteivorstand die Unterstützung der Anti-Nazi-Demonstration in Dresden. (2008-35) Im Jahr darauf rief der Parteivorstand erneut dazu auf, sich am 13. Februar 2010 in Dresden dem

geplanten Nazi-Aufmarsch entgegenzustellen. (2009-106) Der Parteivorstand unterstützte das Bündnis „Dresden Nazifrei“, mobilisierte und organisierte gemeinsam mit anderen die Teilnahme an den Protesten gegen den europaweit größten Naziaufmarsch. 2010 konnte der Marsch der Nazis durch Dresden erstmalig verhindert werden.

Feministische Politik

Zentraler inhaltlicher Punkt der feministischen Politik der LINKEN war im Berichtszeitraum die Auseinandersetzung mit dem Konzept „4in1 – eine Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist.“ und dessen Weiterentwicklung. Dabei geht es um eine Neudefinition des Arbeitsbegriffs, die Umverteilung und Anerkennung der Reproduktions- und Sorgearbeit, den Anspruch auf Zeit für Bildung und Muße sowie die Forderung nach radikaler Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Dazu fanden im Oktober 2009 eine Konferenz und anschließend Veranstaltungen und Diskussionen in den Landesverbänden, Arbeitsgemeinschaften und mit Bündnispartner/innen statt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Diskussion zu den Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten von Frauen in der Partei DIE LINKE sowie zur Frauenstruktur in der Partei. Auf der Parteivorstandssitzung am 25. April 2009 wurden „Maßnahmen zur Stärkung des frauenpolitischen bzw. feministischen Profils der LINKEN“ beschlossen. (2009-74)

Im Dezember 2009 qualifizierten sich Frauen als Teamerinnen, um die Debatte zu einer feministischen Ausrichtung eines neuen Parteiprogramms der LINKEN in die Gliederungen der Partei zu tragen. Im Ergebnis einer internationalen Anfrage an feministische Wissenschaftlerinnen entstand die vom Parteivorstand herausgegebene Broschüre „Anforderungen an ein linkes, feministisches Projekt im 21. Jahrhundert“.

DIE LINKE unterstützte und beging den Internationalen Frauentag, hat sich auch 2008 und 2009 wieder am Girl's Day und an dem jährlichen Tag zur Ächtung der Gewalt an Frauen beteiligt. Der vom Deutschen Frauenrat und Gewerkschafterinnen initiierte „Equal Pay Day“ zur Bestärkung der Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit wurde von der Partei aktiv mitgetragen.

Im gesellschaftlichen Dialog

Im April 2009 bestätigte der Parteivorstand die „Seniorenpolitischen Standpunkte“. (2009-73) Darin plädiert die Partei für eine neue Kultur des Alterns und des Alters. Es gelte, gesellschaftliche Strukturen altersfreundlicher und für das Alter entwicklungspotenter zu gestalten, die Generationensolidarität zu stärken, die Gesundheitspotentiale in allen Lebensphasen zu erhöhen, das Rentensystem zukunftssicherer zu machen und eine Erwerbsarbeitskultur zu entwickeln, die einen menschenwürdigen Übergang ins Rentenalter ermöglicht. Die Ursachen für Altersarmut müssten an der Wurzel bekämpft werden.

Im Oktober 2009 beschloss der Parteivorstand, dass er sich den Zielen der UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen verpflichtet fühlt und sich die Leitgedanken der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik für seine Arbeit zu eigen macht. (2009-99) Die Menschenrechtskonvention bezieht sich auf alle politischen Ebenen, zeichnet das Bild einer inklusiven Gesellschaft und nimmt Stellung zu allen

Bereichen des gesellschaftlichen, zivilen und juristischen Lebens. Das bedeutet für DIE LINKE davon auszugehen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer konkreten Situation im gesellschaftlichen Leben verankert sind und niemand „integriert“ werden muss. Der Parteivorstand erinnerte in diesem Zusammenhang auch daran, dass die Anerkennung der UN-Konvention auch mit praktischen Maßnahmen zur Gewährleistung von Barrierefreiheit – z.B. in Geschäftsstellen und sonstigen Einrichtungen der Partei – verbunden sein muss.

In der Religionspolitik wurden Kontakte zur Evangelischen und zur Katholischen Kirche sowie zum Zentralrat der Juden, dem Zentralrat der Muslime und dem Abraham-Geiger-Colleg ausgebaut. Dabei war neben dem Dialog mit den Religionsgemeinschaften bzw. deren Vertreterinnen und Vertretern die Bildung von Bündnissen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Krieg ein Ziel der Arbeit. Die Partei positionierte sich aber auch zum Thema „Niedriglohn unterm Kirchendach“ und begleitete einige kirchliche Arbeitnehmervertreter, die sich gegen Dumpinglöhne innerhalb der Kirche zur Wehr setzten. Im Juni 2008 beschloss der Parteivorstand die Mobilisierung zur Demo gegen den rassistischen "Antiislamisierungskongress" im September 2008 in Köln. (2008-10)

Führende Vertreter/innen der Partei trafen sich zu Kontakt- und Fachgesprächen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten von Organisationen der Migrantinnen und Migranten sowie dem Interkulturellen Rat in Deutschland. Im Februar 2009 fasste der Parteivorstand einen Beschluss zur Unterstützung der Kampagne „save me – Flüchtlinge aufnehmen!“ (2009-60)

Der Föderalismusbeauftragte der Partei, der Mitglied der Bundesstaatskommission „Föderalismus II“ ist, initiierte in der LINKEN eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe, um die Kommissionsarbeit zu koordinieren. Es entstanden unter anderem Alternativvorschläge zur so genannten Schuldenbremse, Anträge zur Bildungsfinanzierung und für ein Lastenausgleichsgesetz.

Der Bundesgeschäftsführer traf sich regelmäßig mit Vertreterinnen und Vertretern der im Ostdeutschen Kuratorium zusammengeschlossenen Vereine und Verbände.

Ökologie, Energie und Verkehr

Der Parteivorstand unterstützte die Organisation zahlreicher Aktionen und Demonstrationen zu umwelt-, verkehrs- und energiepolitischen Themen und rief zur aktiven Beteiligung daran auf. So war DIE LINKE vertreten beim „Klimacamp 08“, bei der Aktion „Wir legen Moorborg still!“, bei der erfolgreichen Verhinderung der Wiederinbetriebnahme des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide, bei der bundesweiten Mobilisierung zur Anti-Atom-Demonstration in Gorleben im November 2008 und bei der Anti-Atom-Großdemonstration im September 2009 in Berlin. Beide 2009 verabschiedeten Wahlprogramme beinhalten den Ansatz, dass ohne einen sozialökologischen Umbau der Wirtschaft und ohne eine nachhaltige Wirtschaftspolitik eine wirtschaftliche Erholung und Stabilisierung nicht möglich sein werden. Am 17. Oktober 2009 beschloss der Parteivorstand, den Aufruf zum globalen Klimaaktionstag am 12. Dezember 2009 anlässlich des Weltklimagipfels in Kopenhagen zu unterstützen. (2009-91) Er rief die Mitglieder und die Gliederungen der Partei auf, „*sich am 12. Dezember 2009 zeitgleich an so vielen Orten in Deutschland wie möglich an*

Demonstrationen und Aktionen im Sinne des Klimaaktionstages zu beteiligen oder diese zu initiieren“. Zum Weltklimagipfel selbst verabschiedete der Parteivorstand am 12. Dezember 2009 eine gemeinsame Erklärung *„Politischer Klimawandel statt zukunftsblindes ‚Weiter so‘“* mit dem Jugendverband Linksjugend [‘solid’]. (2009-114)

Wir zahlen nicht für die Krise!

Das Agieren der LINKEN gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise

Die heraufziehende Finanz- und Wirtschaftskrise war bereits vor dem Cottbuser Parteitag im Mai 2008 Thema im Parteivorstand. Im Zusammenhang mit den Diskussionen um ein Zukunftsinvestitionsprogramm wurde die Rolle antizyklischer wirtschaftlicher Aktivitäten des Staates unterstrichen und auf die Bedeutung öffentlicher Investitionen zur Belebung der Volkswirtschaft hingewiesen. Auf seiner Sitzung am 29. September 2008 beschloss der Parteivorstand ein *„Sofortprogramm zur Stabilisierung und Reform der Finanzmärkte“*. (2008-26) Darin wurden Forderungen zusammengefasst, die der unmittelbaren Absicherung zentraler Aufgaben des Finanzsystems, der Beseitigung besonders destabilisierender Praktiken auf den internationalen Finanzmärkten und der mittelfristigen Reform des Finanzsystems dienen. Es wurde festgestellt: *„Der (...) einsetzende Abschwung ist bedingt durch eine falsche Wirtschaftspolitik der Regierung. Seit Jahren setzt sie einseitig auf den Exportsektor, beschneidet dabei Sozialleistungen sowie staatliche Ausgaben und fördert Lohndumping. Das begünstigt die Exporte, belastet aber die Binnennachfrage. In der Folge ist die konsumtive Binnennachfrage viel zu schwach. Die Finanzmarktkrise ist hingegen nicht die entscheidende Ursache für den sich abzeichnenden Abschwung. Jedoch droht, dass der Abschwung durch die Finanzmarktkrise massiv verschärft wird.“* Ziele der Maßnahmen des Sofortprogramms sind die Stärkung der Binnennachfrage, die Trockenlegung des Niedriglohnssektors, die Anhebung der Hartz IV-Regelsätze und die Rückkehr zur alten Rentenformel. Das Sofortprogramm beinhaltet ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 50 Milliarden Euro mit dem Schwerpunkt im Bildungsbereich. Es bildete die Grundlage für die entsprechenden Passagen der Programme für die Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag.

Seitens des Parteivorstandes wurden Aktionen und Proteste gegen die Finanzmarktspekulation und die Abwälzung der Krisenfolgen auf breite Bevölkerungsschichten befördert und unterstützt. So rief der Vorstand die Mitglieder zur Teilnahme an der attac-Kundgebung *„Das Casino schließen“* am Weltspartag vor dem Finanzministerium auf (2008-36) und beschloss die Beteiligung an den bundesweiten Demonstrationen *„Wir zahlen nicht für eure Krise!“* am 28. März 2009 in Berlin und Frankfurt am Main. (2009-53) Wenig später begannen Mitglieder der Partei in vielen Städten mit monatlichen Aktionstagen im Rahmen der Kampagne *„Ein Schutzschirm für Menschen!“*. Dabei wurden die zentralen Punkte des Antikrisen-Programms der LINKEN popularisiert.

Im Januar 2009 wurde die Einsetzung einer *„Arbeitsgruppe Wirtschafts- und Finanzmarktkrise“* beschlossen (2009-52), die *„Vorschläge für die Weiterentwicklung unserer Konzepte zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise formulieren“* sollte. Am 14. März 2009 beschloss der Parteivorstand das Papier *„Schutzschirm für die Menschen. Antikrisenprogramm der Partei DIE LINKE“*. (2009-67) Die zentralen Punkte sind: *„Millionäre*

zur Kasse - für ein gerechtes Steuersystem“, „Zukunftsprogramm für mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze“, „Zukunftsfähige Industrien statt Massenentlassungen“, „Banken vergesellschaften statt Spekulation finanzieren“, „Enteignung der Menschen stoppen“ und „Massenproteste und Demonstrationen“.

Am 25. April 2009 rief der Parteivorstand zur Beteiligung an der DGB-Demonstration am 16. Mai 2009 in Berlin unter dem Motto *"Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen."* auf. (2009-77)

Reichtum besteuern

Am 6. September 2008 beschloss der Parteivorstand, eine *„Arbeitsgruppe finanzpolitisches Konzept“* einzusetzen (2008-19). Auftrag der Arbeitsgruppe war, *„die bereits beschlossenen und absehbaren Forderungen der LINKEN hinsichtlich ihres Finanzbedarfes (zu) sichten und ein Ausgabetableau (zu) erstellen. Hierzu gehören die kostenwirksamen Ausgaben für ein Zukunftsinvestitionsprogramm, für die Reform des Arbeitslosengeldes II, für die steuerfinanzierten Mehrausgaben für Rentenleistungen bzw. für die Grundsicherung im Alter und für die Erhöhung des Kindergeldes.“* Die Arbeitsgruppe legte dem Parteivorstand auf seiner Sitzung am 22. November 2008 ein Arbeitsergebnis vor. Der Vorstand beschloss, das Papier *„Steuerkonzept DIE LINKE“* zur weiteren Debatte in die Partei zu geben und es zur Grundlage der steuerpolitischen Teile des Bundestagswahlprogramms zu machen. (2008-42)

Die Partei- und Mitgliederentwicklung

Die Partei festigte im Berichtszeitraum ihre Strukturen. In den Jahren 2008 bis 2010 wurden weitere Untergliederungen in der Fläche herausgebildet. Die Zahl der Kreisverbände stieg von 338 auf 353. Es gründeten sich zahlreiche weitere Ortsverbände und Basisorganisationen.

DIE LINKE hat in den Jahren 2008 bis 2010 über 17.000 neue Mitglieder gewonnen. Die Mitgliederzahl zum 31. Dezember 2009 betrug ca. 78.500. Damit ist ein Fünftel der Mitglieder erst seit zwei oder weniger Jahren in der Partei. 62 Prozent der Mitglieder leben im Osten (inklusive Berlin), 37 Prozent sind Frauen.

Fast 10.000 Mitglieder engagieren sich in den nunmehr 24 bundesweiten Zusammenschlüssen der Partei, 2008 waren es 19.

Der Jugendverband Linksjugend [solid] hat ca. 10.000 Mitglieder, davon ca. 4.100 Aktive. Im Studierendenverband Die Linke.SDS sind ca. 400 Mitglieder in rund 30 Gruppen aktiv.

Im Oktober 2009 rief der Parteivorstand die Mitglieder der LINKEN in einem Brief zu einer Parteidebatte zur politischen und strukturellen Entwicklung der Partei DIE LINKE mit folgenden Schwerpunktfragen auf:

- Wie können wir den politischen Einfluss der Partei weiter vergrößern?

- Was muss geschehen, damit die Mitglieder noch besser Einfluss auf die Politik der LINKEN nehmen können?
- Wie kann die Mitgliedschaft für jede und jeden noch attraktiver werden?

Im Zentrum der bisherigen Diskussionen und Beschlüsse zur Parteientwicklung standen die Mitgliedergewinnung und die innerparteiliche Kultur, die Zusammenarbeit mit den Fraktionen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene, der Ausbau der innerparteilichen Beteiligungsmöglichkeiten, die Gewinnung von Frauen für die Partei und die Stärkung ihres Einflusses, die „Doppelspitze“, die Personalentwicklung und die Bildungsarbeit. Bei der parteieigenen Community www.linksaktiv.de wurde am 1. Dezember 2009 eine Gruppe "Parteidebatte" eingerichtet und alle Community-Mitglieder per Email dazu eingeladen. Die Plattform wird rege genutzt.

Die innerparteiliche Bildungsarbeit hat seit dem Cottbuser Parteitag 2008 einen Aufschwung erfahren. Die im Parteibildungsprozess neu zusammengesetzte Kommission Politische Bildung setzte sich zwei Schwerpunkte: Verstärkung der Grundlagenbildung – verstanden als linke Allgemeinbildung – und Verankerung der Bildungsarbeit in allen Bundesländern. Zu Beginn des Parteibildungsprozesses gab es nur in einem alten Bundesland organisierte Bildungsarbeit, inzwischen gibt es sie in sieben von zehn westlichen Bundesländern sowie einigen Regionen und Kreisen. Als erster Schritt der Grundlagenbildung wurde ein Neumitgliederseminar-Konzept entwickelt, für das inzwischen fünf Teamer/innen-Ausbildungen (=Seminarleiter/innen) stattfanden. In den Wahlkämpfen 2009 wurden vier Seminarleiter/innen-Ausbildungen durchgeführt, in deren Folge an mindestens 36 Orten Tagesseminare „Aktiver Wahlkampf vor Ort“ stattfanden, weitere gab es Anfang 2010 im NRW-Wahlkampf. Die ausgebildeten Teamer/innen wurden in einem Netzwerk zusammengefasst und erhalten aktuelle Informationen zur Politischen Bildung. Hierfür wurde auch der Newsletter Politische Bildung geschaffen. Zur Unterstützung der Programmdebatte entstanden ein Bildungsheft und ein Seminar „Einführung in die Programmdebatte“, das durch vier Themenseminare ergänzt wird.

DIE LINKE in Wahlen

Großartige Wahlerfolge prägen wesentlich die Bilanz der Arbeit der Partei DIE LINKE im Berichtszeitraum. Mit den Wahlen am 27. September 2009 endete für DIE LINKE ein Wahlzyklus, der kurz vor dem Gründungsparteitag am 16. Juni 2007 mit den Bürgerschaftswahlen im Mai 2007 in Bremen begann. Der gestärkte Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag markiert den Abschluss einer ersten Phase der Parteientwicklung, in der es auch galt, die Partei auf allen politisch-parlamentarischen Ebenen zu etablieren.

Die Wahlen in Bremen mitgerechnet, bestritt die Partei seit ihrer Gründung elf Landtagswahlkämpfe, zwölf Kommunalwahlkämpfe, den Europawahlkampf und den Bundestagswahlkampf. Am Ende dieses Zyklus kann DIE LINKE auf Hunderte neuer Kommunalmandate zurückblicken. Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN oder linker Listen üben derzeit mehr als 5.600 ehrenamtliche Mandate in kommunalen Vertretungen aus und bekleiden 262 kommunale Ämter, darunter 74 hauptamtlich. In den Ländern blickt DIE LINKE auf den erstmaligen Einzug in die Landesparlamente von Bremen, Hamburg, Hessen (zwei Mal!), Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein zurück, auf gute

Wahlergebnisse in Brandenburg und Thüringen und auf die Bestätigung als führende Oppositionskraft im sächsischen Landtag. Bei der Europawahl erreichte die Partei das beste Wahlergebnis der europäischen Linken und zog gestärkt ins Europäische Parlament ein. Bei der Bundestagswahl behauptete die Partei den vierten Platz im bundesdeutschen Parteiensystem und wurde deutlich zweistellig.

Der Abschlussbericht zum Wahlkampf 2009 befindet sich in der Anlage zu diesem Tätigkeitsbericht.

Die Zusammenarbeit von Parteivorstand und Bundestagsfraktion gestaltete sich in der vergangenen Periode produktiv. Koordiniert wurde die parlamentarische Flankierung der Aktivitäten der Partei. Insbesondere im Hinblick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise gab es eine enge Abstimmung der Aktivitäten, Analysen und Forderungen.

Ein alljährlich stattfindendes Treffen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die das Mandat der LINKEN haben, diente dem Erfahrungsaustausch, gab Anregungen für die kommunalpolitische Arbeit und war zugleich ein Dankeschön für engagierte Arbeit – stellvertretend für zahlreiche kommunale Abgeordnete und Mandatsträger/innen, die ehren- oder hauptamtlich eine hervorragende Arbeit leisten.

Programmarbeit

Der Parteivorstand fasste auf der Sitzung am 17. Oktober 2009 den Beschluss „Konzept für eine Parteidebatte zur politischen und strukturellen Entwicklung der Partei DIE LINKE“. (2009-93) Darin wird festgestellt: *„Der Parteivorstand sieht in der Tätigkeit der Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms der Partei DIE LINKE einen zentralen Beitrag zur künftigen politischen und strukturellen Entwicklung der Partei. In ähnlicher Weise betrifft das die Arbeit der Satzungskommission der Partei. Nach entsprechenden Parteidebatten soll der für die Jahre 2010 bis 2012 gewählte 2. Parteitag über ein neues Grundsatzprogramm und über Änderungen der Bundessatzung beschließen.“*

Am 12. Dezember 2009 fasste der Parteivorstand den Beschluss *„Führung der Programmdebatte in der Partei DIE LINKE“*. (2009-110) Der Parteivorstand erklärt darin das Ziel, im Jahr 2011 ein neues Programm der Partei DIE LINKE zu verabschieden. Der Programmentwurf wurde am 20. März 2010 vorgestellt. Damit begann die Programmdebatte in der Partei. Sie wird im Auftrag des Parteivorstandes von der Programmkommission koordiniert und organisiert. Neben den Mitgliedern werden auch Menschen aus Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und Initiativen um ihre Gedanken zu einer linken Programmatik und um ihre Vorschläge für das neue Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE gebeten.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN

Der Parteivorstand hat sich regelmäßig zu aktuellen politischen Themen und inhaltlichen Schwerpunkten der Partei geäußert. Wöchentlich fanden Pressekonferenzen des Parteivorstandes statt, durch die Pressestelle im Karl-Liebknecht-Haus wurden nahezu täglich mehrere Presseerklärungen herausgegeben. Die Zahl von Interviews hat

zugenommen. Pressevertreterinnen und -vertreter wurden regelmäßig zu Veranstaltungen, Aktionen und anderen Aktivitäten der Partei eingeladen. Zur Koordinierung der Arbeit fand im April 2009 erneut ein Treffen mit den Pressesprecherinnen und Pressesprechern der Partei auf Europa-, Bundes- und Landesebene statt.

Auf der Internetseite www.die-linke.de informierte der Parteivorstand ausführlich und tagesaktuell über die Positionen und Aktionen der Partei. Publikationen, Presseerklärungen und Positionspapiere sind dort abrufbar. Zu Beginn des Wahljahres 2009 wurde die www.die-linke.de konzeptionell überarbeitet und um redaktionelle Formate ergänzt.

2009 wurde der Wahlkampf auf verschiedene Online-Dienste und soziale Netzwerke ausgeweitet. Die Partei war auf den folgenden interaktiven Seiten vertreten: Facebook, flickr, meinVZ, MySpace und Youtube. Die User konnten dort die eingestellten Inhalte kommentieren und Fragen stellen, sich vernetzen und selbstständig Aktionen umsetzen. Außer auf MySpace ist die Partei auf allen diesen Plattformen weiterhin präsent. Insgesamt konnte DIE LINKE im Jahr 2009 in sozialen Netzwerken mehr als eine Million Kontakte generieren und zahlreiche Mitglieder sowie aktive Unterstützerinnen und Unterstützer gewinnen.

Am 27. April 2009 startete mit linksaktiv.de die Online-Community der LINKEN mit derzeit über 3.000 Mitgliedern. Die Nutzerinnen und Nutzer vernetzen sich dort, diskutieren verschiedene Themen, koordinieren Termine und vermitteln Texte, Fotos oder Videos.

Der Parteivorstand verschickt an ca. 27.000 Adressen wöchentlich einen elektronischen Newsletter und gibt monatlich die Mitgliederzeitung DISPUT in einer Auflage von 6.000 Exemplaren heraus.

Im Konsultations- und Informationszentrum (KIZ) des Karl-Liebknecht-Hauses können Besucherinnen und Besucher Auskünfte und Informationsmaterial des Parteivorstandes erhalten. Jährlich nehmen mehrere Tausend Menschen an Informations- und Kulturveranstaltungen in der Parteizentrale der LINKEN teil oder nutzen Angebote zur Mieten- und Rentenberatung. Guten Zuspruch findet das Karl-Liebknecht-Haus seit Jahren auch an den „Tagen des Offenen Denkmals“.

Zu Kampagnen und Aktionen der Partei wurden Informationsmaterialien, Folder, Broschüren, Handzettel, Plakate, Transparente, Aktionsbuttons und anderes mehr hergestellt sowie Hinweise für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gegeben. Die Mitgliederwerbung wurde bei fast allen Publikationen berücksichtigt, indem z.B. Kontakt- und Eintrittsformulare angefügt wurden. Hinzu kamen Postkarten und andere Verteilmaterialien, die an Ständen und in Geschäftsstellen zur Mitgliedergewinnung eingesetzt werden.

Das „Fest der Linken“ wurde als kulturelles Projekt unserer Partei etabliert und konnte 2008 und 2009 jeweils Zehntausende Besucherinnen und Besucher in der Berliner Kulturbrauerei erfreuen. In enger Kooperation mit dem Neuen Deutschland, der Bundestagsfraktion, der Partei der Europäischen Linken, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den Landesverbänden und Landtagsfraktionen der Partei sowie weiteren Partnerinnen und Partnern hat diese überregionale kulturelle und politische Großveranstaltung eine neue Traditionslinie eröffnet.

Die jährliche Veranstaltung „Pfingsten mit der LINKEN“ am Werbellinsee blieb eine traditionelle, immer ausgebuchte Veranstaltung der Partei.

Auch in den Jahren 2009 und 2010 rief DIE LINKE zum traditionellen Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf. DIE LINKE war beteiligt an Aktionen zum 1. Mai, an den alljährlichen Ostermärschen und am Welt-Aids-Tag.

DIE LINKE war beim Evangelischen Kirchentag 2009 in Bremen und beim Ökumenischen Kirchentag 2010 in München mit Ständen und bei diversen Debatten mit Vertreterinnen und Vertretern vertreten. Präsent war die Partei auf der Jugendmesse YOU und beim Deutschen Seniorentag, beim Friedensfestival am Brandenburger Tor, 2008 und 2009 bei den Demonstrationen „Freiheit statt Angst“ gegen die Vorratsdatenspeicherung und „Raus aus der Atomkraft“ sowie bundesweit auf Paraden zum Christopher-Street-Day.

Der Parteivorstand und viele Genossinnen und Genossen unterstützten 2009 den Landesverband Berlin bei einer Nein-Kampagne zur Volksabstimmung „Pro Reli“, was mit zu einem großen Erfolg der Befürworter des gemeinsamen Ethik-Unterrichts im Land Berlin führte.

Arbeit der Gremien

Der Parteivorstand organisierte die Verzahnung der unterschiedlichen Gliederungsebenen. Im Berichtszeitraum fanden vier Beratungen mit den Landesvorsitzenden, Landessprecherinnen und Landessprechern statt. Regelmäßig kamen auf Einladung des Bundesgeschäftsführers bzw. des Bundesschatzmeisters die Landesgeschäftsführer/innen und Landesschatzmeister/innen zusammen, einmal auch zu einer gemeinsamen zweitägigen Klausur. Im Mittelpunkt standen die Parteientwicklung in den Landesverbänden, die Orientierung auf die Arbeit entsprechend den gemeinsamen strategischen Themen der Partei, die Situation der Europäischen Linken und insbesondere die Wahlkämpfe im Jahr 2009. Breiten Raum nahm der Erfahrungsaustausch zu praktischen Fragen der Parteiarbeit ein. Mindestens zweimal jährlich beriet der Bundesgeschäftsführer mit den Sprecherinnen und Sprechern der bundesweiten Zusammenschlüsse der Partei.

Abgeleitet von den Gremienberatungen gab es Vereinbarungen zu Auftritten der Vorsitzenden und anderer Vorstandsmitglieder auf Landesparteitagen und in den Wahlkämpfen. Gewährleistet wurden Auftritte im Rahmen von bundesweiten oder europäischen Konferenzen und Tagungen. Im Berichtszeitraum gab es mehrere Spitzengespräche der Vorsitzenden mit hochrangigen Repräsentantinnen und Repräsentanten des DGB, der IG Metall, der GEW und von ver.di sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Sozialverbänden, Migrant/innenvereinigungen und anderen. Die Vorsitzenden oder andere hochrangige Vertreter/innen der Partei traten auf Gewerkschaftstagen und Parteienabenden der Gewerkschaften oder kommunaler Vereinigungen auf.

Die Bundesgeschäftsstelle

Die Parteizentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus stellte sich der Aufgabe, bei der inhaltlichen Vor- und Nachbereitung der Bundesparteitage sowie der Beratungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses mitzuwirken und die erforderlichen organisatorischen und sonstigen Rahmenbedingungen für diese Tagungen, aber auch für Konferenzen, Workshops, Kampagnen und Aktionen der Partei zu schaffen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützten die Arbeit der Bundesschiedskommission, der Bundesfinanzrevisionskommission, der Satzungskommission und weiterer Kommissionen und Gremien der Partei DIE LINKE. Im Karl-Liebknecht-Haus bestehen elementare Arbeitsbedingungen für die bundesweiten Zusammenschlüsse, deren Arbeit nach Kräften unterstützt wird. Neben den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten und lernen im Karl-Liebknecht-Haus Azubis sowie Praktikantinnen und Praktikanten (im Berichtszeitraum waren es über 40 Schülerinnen, Schüler und Studierende), deren Aufgaben, Arbeitsbedingungen und Entlohnung in einer Praktikumsordnung geregelt sind. Mehrere Genossinnen und Genossen arbeiten regelmäßig ehrenamtlich in der Bundesgeschäftsstelle mit. Ihnen und jeweils einigen der vielen Ehrenamtlichen in Gremien und Kommission wird alljährlich zum Tag des Ehrenamtes besonders gedankt.

Im Berichtszeitraum konnten die Arbeits- und Lebensbedingungen im Karl-Liebknecht-Haus weiter verbessert werden. Durch Rekonstruktionsarbeiten wurden gute räumliche Voraussetzungen für die Arbeit des zentralen Wahlquartiers der LINKEN geschaffen, wozu auch eine adäquate technische Ausstattung gehörte. Im Ergebnis denkmalgeschützter Restaurierungsarbeiten entstand 2009 der „Rosa-Luxemburg-Saal“ für besondere politische und kulturell-künstlerische Veranstaltungen. Zunehmende Aufmerksamkeit erfuhren in der Arbeit und bei der Gestaltung des Hauses Aspekte der Ökologie und Nachhaltigkeit, die längerfristig geplant und schrittweise umgesetzt werden.

DIE LINKE international

Der Entwicklung der internationalen Beziehungen der Partei entsprechend den vom Gründungsparteitag beschlossenen Prinzipien galt die ständige Aufmerksamkeit des Parteivorstandes. Die Kontakte, Konsultationen und der Meinungs austausch auf Spitzenebene mit den internationalen Partnerinnen und Partnern sind durch die regelmäßige Zusammenarbeit innerhalb der Partei der Europäischen Linken (EL) noch wesentlich intensiver geworden. Im Berichtszeitraum beteiligte sich der Parteivorstand an der weiteren Profilierung der EL und unterstützte die aktive Mitarbeit von Mitgliedern und Sympathisantinnen und Sympathisanten der LINKEN in der EL.

Im November 2008 war DIE LINKE Gastgeberin der 1. Wahlkonferenz der EL in Berlin. Die dort von den Mitglieds- und Beobachterparteien der EL verabschiedete gemeinsame Plattform der Parteien der Europäischen Linken für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 *„Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität!“* wurde unter aktiver Mitwirkung der deutschen EL-Mitgliedschaft in einem mehrmonatigen Arbeitsprozess erarbeitet. Eine

Broschüre dieser Plattform wurde in neun Sprachen gedruckt und zu einer Grundlage für die nationalen Europawahlprogramme einer Reihe von EL-Parteien.

Als EL-Vorsitzender konnte Lothar Bisky im Berichtszeitraum fünf neue Mitglieds- und Beobachterparteien in der EL begrüßen. Lothar Bisky nahm in dieser Funktion an Parteitag und Konferenzen von EL-Mitgliedsparteien teil, führte eine Vielzahl von Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der EL-Parteien wie auch mit Parteienvertreterinnen und -vertretern nichteuropäischer Parteien bzw. von europäischen Nicht-EL-Parteien.

DIE LINKE beteiligte sich im Berichtszeitraum an vielen Aktivitäten der EL und ihrer Mitgliedsparteien, so zum Beispiel an der jährlich stattfindenden EL-Sommeruniversität, an Veranstaltungen zur Wirtschafts- und Finanzkrise und an Kampagnen gegen die Prekarisierung weiter Teile der Gesellschaft in Spanien und Griechenland. In den Wahlkämpfen für die Europawahlen 2009 unterstützten sich die EL-Parteien gegenseitig.

DIE LINKE erreichte bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 7,5 Prozent. Ihre acht Abgeordneten sind Mitglied der konföderalen Fraktion GUE/NGL, zu deren Vorsitzenden Lothar Bisky gewählt wurde. Der Linksfraktion gehören 35 Abgeordnete verschiedener linker und kommunistischer Parteien aus 12 EU-Mitgliedsländern an.

Neben der Zusammenarbeit mit der Partei der Europäischen Linken und den anderen Parteien in der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament und der Vereinten Linken in der Parlamentarischen Versammlung im Europarat lag ein Schwerpunkt auf dem Ausbau der Parteibeziehungen zu lateinamerikanischen Linkskräften. So beteiligte sich DIE LINKE am 15. Treffen des Sao Paulo-Forums, am Gründungsparteitag der Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV), nahm am internationalen Parteiseminar der mexikanischen Partei der Arbeit (PT) teil und entsandte Delegationen zu bilateralen Gesprächen nach Kuba, Ecuador, Venezuela, Uruguay und Paraguay. Die Arbeit von Cuba Sí und deren Unterstützung durch viele Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei war auch im Berichtszeitraum ein herausragendes Beispiel aktiver Solidarität. Darüber hinaus beschloss der Parteivorstand im Februar 2009 die Durchführung eines Mentoring-Programms für Vertreterinnen und Vertreter der bolivianischen Bewegung zum Sozialismus (MAS) in Deutschland sowie weitere Schritte einer aktiven Unterstützung des Kampfes der MAS um die Sicherung des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufbauprozesses in Bolivien. Ähnliche Schwerpunkte wurden auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den progressiven Kräften für die Entwicklung in Ecuador und Paraguay gesetzt. Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN waren auch in einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern bei Wahlbeobachtungen sowie bei den Amtseinführungen der Präsidenten Morales und Correa anwesend.

Die Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky hatten politische Gespräche in Bolivien, China, Frankreich, Griechenland, Italien, Kuba, Mexiko, Österreich, Portugal, Schweden, der Tschechischen Republik, Vietnam und Zypern. In Berlin und anderswo in Deutschland empfingen die Vorsitzenden und weitere Mitglieder des Parteivorstandes ausländische Repräsentantinnen und Repräsentanten, darunter den Außenminister Ecuadors, den chinesischen Vizeaußenminister und den Vorsitzenden der palästinensischen Volkspartei (PPP).

Ein wichtiger Punkt bei der Entwicklung der internationalen Beziehungen im Berichtszeitraum war das Engagement für eine Verstärkung der Kontakte zu linken Parteien in Mittel- und Osteuropa. Die dortige Entwicklung der letzten Jahre ist von der anhaltenden Suche linker Kräfte um eine Stabilisierung bzw. den Neuaufbau von Parteiprojekten links der sozialdemokratischen Parteien gekennzeichnet und muss zugleich auch unter der Prämisse der Neufestlegung eigener parteipolitischer Profilierungen und der Bündnisarbeit im Kampf gegen ein Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte gesehen und unterstützt werden.

Wichtiger und ständiger Schwerpunkt auch in der internationalen Arbeit des Parteivorstandes war die Fortsetzung des friedenspolitischen Engagements der Partei. DIE LINKE beteiligte sich - gerade auch gemeinsam mit der EL - an internationalen Bündnissen gegen Militarisierung und den Krieg in Afghanistan. Die friedenspolitischen Leitlinien der LINKEN wurden bei verschiedenen Veranstaltungen und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht, so bei den Anti-Nato-Protesten in Kehl und Strasbourg und beim 5. Europäischen Sozialforum in Malmö.

DIE LINKE war im Berichtszeitraum u.a. bei folgenden Parteitagen zugegen: SF und Rot-Grüne Einheitsliste Dänemark, Vereinigte Estnische Linke, KPFi und Linksbund (Finnland), SYNASPISMOS (Griechenland), PdCI und PRC (Italien), SV Norwegen, Linksbund und PKP (Portugal), Gerechtes Russland, Linkspartei (Schweden), EUiA und PCE (Spanien), KPBM (Tschechische Republik), Arbeiterpartei 2006 (Ungarn), PCdoB und PT (Brasilien), Volksfeddayin (Iran), DDP und ÖDP (Türkei), Committees of Correspondence for Democracy and Socialism, (USA), PSUV (Venezuela)

Aktiv beteiligte sich DIE LINKE wiederum an den Pressefesten linker Zeitungen bzw. an Volksfesten linker Parteien in Lissabon, Wien, Paris und Prag sowie den dezentralen Festen der Liberazione in Italien.

Zur finanzpolitischen Arbeit des Parteivorstandes

Im Berichtszeitraum hat der Parteivorstand auf der Grundlage des Parteiengesetzes und der Bundesfinanzordnung öffentlich Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Partei für die Jahre 2007 und 2008 gelegt. Für die Rechenschaftslegung 2007 wurden sowohl der Rechenschaftsbericht der WASG für den Zeitraum vom 1. Januar bis 15. Juni 2007 als auch der Rechenschaftsbericht der Partei DIE LINKE per 31. Dezember 2007 erarbeitet. Alle Berichte sind durch den Bundesschatzmeister im Auftrag des Parteivorstandes – versehen mit dem Testat des Wirtschaftsprüfers – fristgemäß an den Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereicht worden. Die Rechenschaftsberichte der Partei sind im Internet unter www.die-linke.de/partei/fakten/finanzen veröffentlicht. Gegenwärtig wird die Rechenschaftslegung der Partei für das Kalenderjahr 2009 vorbereitet.

Anhand der Ergebnisse der Rechenschaftslegung 2008 lassen sich gegenüber 2007, dem Jahr der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG, positive Entwicklungen erkennen: Die Mitgliedsbeiträge sind insgesamt bei einem Zuwachs der Anzahl der Mitglieder von 4.257 T€ um 677 T€ auf 9.873 T€ gestiegen. Der Durchschnittsbeitrag je Mitglied wurde in der

Gesamtpartei um 0,14 € auf 10,83 € erhöht; in den Landesverbänden der neuen Bundesländer um 0,20 € auf 13,64 € und in den alten Bundesländern um 1,39 € auf 5,59 €. Der Anteil der Mitglieder ohne Beitragszahlung konnte insgesamt auf 15,1% gesenkt werden, betrug in den westlichen Landesverbänden aber immer noch 26,6% (Vorjahr 39%).

Positiv verlief die Entwicklung der Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen und Spenden. Die Mandatsträgerbeiträge sind insgesamt um 385 T€ auf 2.385 T€ gestiegen.

Die Parteispenden, vor allem von Mitgliedern sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, konnten um 713 T€ auf 2.258 T€ erhöht werden. DIE LINKE erhält keine Großspenden von Unternehmen. Der Anteil der Spenden von juristischen Personen an den Gesamteinnahmen der Partei betrug im Rechnungsjahr 2008 insgesamt 0,43%.

Die Einnahmen aus staatlichen Mitteln, die auf der Basis der Zuwendungen an die Partei (Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden) und der erzielten Wählerstimmen festgesetzt werden, sind 2008 um 651 T€ auf 9.466 T€ gestiegen. Gemäß Festsetzung des Präsidenten des Deutschen Bundestages für das Jahr 2009 betragen die staatlichen Mittel für DIE LINKE inzwischen insgesamt 10.706 T€.

In der Bilanz der Partei per 31. Dezember 2008 ist vorsorglich eine Rückstellung in Höhe von 292.045,82 € eingestellt. In dieser Höhe hat die Bundestagsverwaltung eine Sanktion gegen unsere Partei festgelegt, weil DIE LINKE im Jahr 2006 Wahlkampfausgaben für den Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz finanziert hat, zu dem gemäß Kooperationsabkommen die WASG angetreten war, und diese Ausgaben nicht als Spende im Rechenschaftsbericht der WASG deklariert wurden. Bei dieser Entscheidung wurden die politischen und wirtschaftlichen Prozesse der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG rechtlich ungenügend berücksichtigt. Der Verwaltungsrechtsstreit zu diesem Verfahren befindet sich gegenwärtig in der zweiten Instanz.

Die positive Entwicklung der Einnahmen führte im Jahr 2008 trotz Erhöhung der Ausgaben der Partei um 3.109 T€ dazu, dass ein Überschuss der Gesamteinnahmen über die Gesamtausgaben von 2.197 T€ erzielt wurde. Um diesem Betrag stieg somit das Reinvermögen per 31. Dezember 2008 auf 25.200 T€. Davon betrafen 12.723 T€ die Geldbestände der Partei, darunter 5.907 T€ im Parteivorstand.

Die angesammelten Geldbestände und die weiteren planmäßigen Zuführungen zum zentralen Wahlkampffonds waren die Grundlage dafür, die Finanzierung der Wahlkämpfe im Jahr 2009 zu gewährleisten. Der Parteivorstand hat am 29. September 2008 die Finanzpläne für den Europa- und Bundestagswahlkampf in Höhe von 3.500 T€ und 5.000 T€ beschlossen. Der Europawahlkampfetat ist mit 3.063,8 T€ (=87,5%) ausgelastet worden. Zur Finanzierung der Ausgaben wurden neben den Mitteln aus dem zentralen Wahlkampffonds 283,3 T€ aus Rücklagen eingesetzt, die in den Jahren 2005 bis 2008 aus EL-Beiträgen für die Europawahl gebildet wurden.

Der beschlossene Wahlkampfetat für die Bundestagswahl ist mit 4.852 T€ (=97,0%) eingehalten worden. Zu Mehrausgaben bei einzelnen Positionen (insbesondere Druckkosten) gab es im Verlauf der Wahlkampfführung abgestimmte Entscheidungen. Im Rahmen des Gesamtetats wurden diese Mehrausgaben sowohl durch Minderauslastung in anderen Positionen als auch durch die teilweise Inanspruchnahme der geplanten Reserve ausgeglichen.

In der zentralen Wahlkampfspendenkampagne wurden Spendeneinnahmen in Höhe von 613.614,80 € erzielt, was das bisher beste Ergebnis in einer Spendenkampagne unserer Partei darstellt. Aus dem Spendenaufkommen sind vereinbarungsgemäß 480 T€ an die Landesverbände für den Wahlkampf vor Ort bereitgestellt worden. 133,6 T€ wurden zur Finanzierung der zentralen Wahlkampfausgaben eingesetzt. Eine positive Wirkung hatte die Plakatspendenaktion „Nachbarn eine Freude machen“. Im Ergebnis dieser Aktion sind im Europa- und Bundestagswahlkampf insgesamt 282 zusätzliche Großflächen geklebt worden. Die Abrechnungen des zentralen Wahlkampfetats und der zentralen Wahlkampfspendenkampagne hat der Parteivorstand am 27. Februar 2010 zur Kenntnis genommen. Sie sind im Internet veröffentlicht.

Zur Finanzierung von Landtags- und Kommunalwahlkämpfen im Jahr 2009 sind aus dem zentralen Wahlkampffonds auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates 3.052 T€ an nachstehende Landesverbände bereitgestellt worden:

Sachsen	650 T€
Saarland	550 T€
Brandenburg	400 T€
Thüringen	400 T€
Hessen	250 T€
Schleswig-Holstein	92 T€
Nordrhein-Westfalen	300 T€
Baden-Württemberg	150 T€
Rheinland-Pfalz	100 T€
Mecklenburg-Vorpommern	80 T€
Sachsen-Anhalt	80 T€

Für die Finanzierung aller Wahlkämpfe im Jahr 2009 ist der zentrale Wahlkampffonds in Höhe von 9.823 T€ vollständig aufgebraucht worden, so dass darüber hinaus zentrale Bestände in Höhe von 543 T€ eingesetzt werden mussten. Diese können 2010 im Ergebnis der erzielten Wählerstimmen und der auf dieser Grundlage festgesetzten staatlichen Mittel vollständig wieder aufgefüllt werden.

Im Jahr 2008 hat die vom Parteivorstand beschlossene Tarifkommission der Partei unter Leitung des Bundesschatzmeisters mit ver.di einen neuen Entgelttarifvertrag für die Beschäftigten der Partei DIE LINKE abgeschlossen, der eine Laufzeit von mindestens zwei Jahren bis zum 31. Dezember 2010 hat. Dieser Tarifvertrag berücksichtigt veränderte Aufgaben und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Partei DIE LINKE, enthält neue Entgeltstrukturen und Eingruppierungsmerkmale und hat zu deutlichen Steigerungen der Vergütung in den Entgeltgruppen geführt (durchschnittlich 7,5% in zwei Jahren).

Zwischen dem Parteivorstand und dem Gesamtbetriebsrat ist auf Anregung von ver.di eine Gesamtbetriebsvereinbarung für die Erstattung von Reisekosten abgeschlossen worden, die mit Wirkung vom 1. Februar 2009 in Kraft getreten ist. Damit gelten in der gesamten Partei für alle Beschäftigten einheitliche Regelungen für die Erstattung von Reisekosten.

In Verantwortung des Bundesschatzmeisters ist ein neues online-fähiges Programm zur Mitgliederverwaltung in der Partei eingeführt worden, das seit dem 1. Januar 2010 einheitlich durch alle Landesverbände und den Parteivorstand genutzt wird. Dieses Programm, das unter der Bezeichnung „MGL4WEB“ geführt wird, wurde notwendig, um die Festlegung in der Bundessatzung zur Führung einer zentralen Mitgliederdatei zu erfüllen und noch besser den Anforderungen des Parteiengesetzes an die Rechenschaftslegung der Partei zu entsprechen. Durch die Nutzung des Mitgliederprogramms ist es unter der Voraussetzung einer aktuellen Datenpflege bei Gewährleistung des Datenschutzes möglich, zeitnah Informationen über den Mitgliederbestand abzurufen. Neu ist, dass mit diesem Programm eine Verknüpfung von Mitglieder- und Finanzverwaltung hergestellt wird.

Parteivorstand und Bundesausschuss haben im Berichtszeitraum den Finanzplan des Parteivorstandes und den Plan des zentralen Finanzausgleichs für 2009 beschlossen, deren Abrechnungen dem Parteivorstand am 27. Februar 2010 vorgelegt worden sind. In der gleichen Sitzung hat der Parteivorstand den Finanzplan für 2010 bestätigt, der vom Bundesausschuss zu beschließen ist. Nach Beschlussfassung im Bundesausschuss wird der Finanzplan im Internet veröffentlicht.

Der Finanzplan des Parteivorstandes für 2010 weist einen deutlichen Zuwachs der Einnahmen aus. Auf der Grundlage der Wahlergebnisse im Jahr 2009 und der mit dem Rechenschaftsbericht 2008 abgerechneten zuschussfähigen Zuwendungen an die Partei steigen die Einnahmen aus zentralen staatlichen Mitteln um 1.175 T€ auf 9.275 T€. Die geplanten Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen wachsen auf Grund der Erweiterung der Bundestagsfraktion und des Beschlusses des Parteivorstandes vom 14. Februar 2009 zur Erhöhung des monatlichen Mandatsträgerbeitrages auf 1.100 € um 350 T€ auf 980 T€ jährlich.

Der Zuwachs der Einnahmen wird im Etat 2010 vor allem für die Erhöhung der Ausgaben für politische Arbeit um 515 T€ auf 2.265 T€ sowie für die Aufstockung der Zuführungen des Parteivorstandes zum zentralen Wahlkampffonds um 650 T€ auf 3.150 T€ eingesetzt.

Schwerpunkte der Erhöhung der Ausgaben für die politische Arbeit sind:

- die Erhöhung des Fonds für Kampagnen und Veranstaltungen um 115 T€ auf 400 T€
- die Aufstockung des Fonds für politische Bildung um 100 T€ auf 140 T€
- die Erhöhung der Ausgaben für Parteitage im Jahresplan um 150 T€
- die Erhöhung der Zuschüsse an Linksjugend [‘solid] und Die Linke.SDS um 50 T€ auf 400 T€
- die Aufstockung der Druckkosten und Ausgaben für Werbemittel um 60 T€ auf 180 T€
- die Erhöhung der Ausgaben für die bundesweiten Zusammenschlüsse um 40 T€ auf 160 T€.

Die Zuschüsse an die Landesverbände der alten Bundesländer im zentralen Finanzausgleich betragen im Jahr 2010 insgesamt 778 T€. Das sind 128 T€ mehr als im Plan 2009. Die nach einem im Bundesfinanzrat beschlossenen Modell nach Landesverbänden aufgegliederten Zuschusssummen enthalten einen zweckgebundenen Sockelbetrag für Personalkosten von mindestens 50 T€ je Landesverband.

Zur Finanzierung von Personalkosten für Beschäftigte mit Altersteilzeitarbeitsverträgen in der Freizeitphase erhalten die Landesverbände der neuen Bundesländer im Jahr 2010 Zuschüsse aus dem hierfür gebildeten Altersteilzeitfonds in Höhe von 301 T€.

Für den Landtagswahlkampf der Partei DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen hat der Parteivorstand am 27. Februar 2010 auf der Grundlage des vom Bundesfinanzrat befürworteten Antrags des Landesverbandes einen Zuschuss aus dem zentralen Wahlkampffonds in Höhe von 750 T€ beschlossen.

Der Bundesfinanzrat hat unter Leitung des Bundesschatzmeisters im Berichtszeitraum sieben Sitzungen durchgeführt. Schwerpunkte waren:

- die Vorbereitung und Auswertung der Rechenschaftslegungen der Partei
- die Erarbeitung und Umsetzung des Modells für den zentralen Finanzausgleich im Rahmen der Jahresfinanzplanung
- die Bestätigung von Mitteln aus dem zentralen Wahlkampffonds und die Abrechnung der Wahlkampfetats
- die Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung der zentralen Wahlkampfspendenkampagne 2009
- die Arbeit mit den Mitgliederdateien sowie die Vorbereitung und Einführung des neuen Mitgliederprogramms MGL4WEB.

Anlagen:

- Abschlussbericht zum Wahlkampf 2009
- Beschlüsse des Parteivorstands vom 31. Mai 2008 bis zum 21. März 2010